Dresden, 1880.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstr. 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfg. durch die Post 3 Mark 75 Pfg. Einzel-Nummer 10 Pfg.

Auflage 35000 Exempl.

Für Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureaux d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

25. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis 11 Uhr, 6 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Zu Neustadt nur an Wochentagen: Pl. Plauenergasse Nr. 6 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Betrag-Anweisung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Cohnstädt's Magazin
fertiger Trauerkleider
empfiehlt sich bei vorkommenden Fällen geneigter Beachtung.
Altmarkt Nr. 6, parterre.

Residenz-Theater.
Zum 52. Male:
Die Glocken von Corneville
Haiderose: Frl. Sophie König als Gast.

Nacht-Telegramme.

Türkei. Der türkische Ministerresident in Cettinje übergab an Montenegro eine Protestnote über das Vorgehen Montenegros gegen die Muhamedaner in Vorgoriza, Spuz und Jabljk. Der italienische Botschafter wurde beauftragt, die Pforte auf die Zulässigkeit der bedingungsweisen Ueberlassung Dulcignos und die weiteren Bestimmungen der Konvention hinzuweisen. Italien empfehle der Pforte, die Maßregeln nur auf die Feststellung der militärischen Modalitäten einzuschränken.

Oesterreich. Pingelstedt ist bekanntlich von der Leitung der Hofoper enthoben worden. Der Operndirektor in Wiesbaden, Jahn, wurde zum Hofoperndirektor berufen.

Griechenland. Die Kammer wurde gestern durch die Thronrede eröffnet, welche den Mächten dankt, daß Griechenland die neue Grenze zugesprochen sei. Die Gewißheit der Ausführung des Berliner Vertrags verpflichte Griechenland streng darnach zu handeln. Die Armee werde bis zur Neuordnung der Dinge in den neuen Provinzen unter den Waffen bleiben. Zur Bestreitung der Kosten sei ein Anlehenvertrag mit der Bank unterzeichnet.

Nr. 296. Witterung vom 21. Oktober: Barometer noch Corr. Bleibt, Maximale 19 (Abds. 6 U.) 755 Mill., tritt gestern 6 Mill. gestiegen. Thermometer 8. Maximal. + 8° R., gestr. Temp. 5½° R., höchste 10½° R. Nach Schneeschauer, dann Regen, bedeckt

Aussichten für den 22. Oktober: Veränderlich, Bewölkung, etwas wärmer, ruhiger.

Freitag, 22. October.

Für die Monate November und December

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, Marienstraße Nr. 13, zu 1 Mark 70 Pfg., sowie für auswärts bei den Postämtern zu 1 Mark 84 Pfg. angenommen.

Politisches.

Wie es in Preußen mit der Einführung der neuen Orthographie eigentlich steht, darüber ist es schwer, etwas Zuverlässiges zu erfahren. Bald wird den Lehrern der eigene Gebrauch derselben Orthographie, die sie lehren sollen, im amtlichen Verkehr untersagt und kurze Zeit darauf wieder gestattet. Neuerdings heißt es, ist an den Gymnasien der bereits begonnene Unterricht in der neuen Schreibart wieder von Amtswegen eingestellt worden. Von derartigen Schwankungen und Widersprüchen hat sich der sächsische Unterrichtsminister freigehalten. In den sächsischen Schulen wird seit dem Aufhören der sogenannten Kartoffelferien nach der neuen Rechtschreibung unterrichtet, von 1881 ab dürfen nur solche neue Lehr- und Lesebücher eingeführt werden, die in der neuen Rechtschreibung abgefaßt sind. Die Abschaffung der alten Schulbücher steht für später bevor. In Gnade will man die Schüler, die zu Ostern nächsten Jahres ihr Examen machen, von dem Gebrauch der neuen Orthographie noch dispensiren. An der Thatsache der neuen Rechtschreibung ist also Nichts mehr zu ändern. Unleugbar bedeutet sie einen Fortschritt. Vor Allem gewinnt die Schule. Nach Ueberwindung der Schwierigkeiten, die jeder Uebergang mit sich führt — zunächst dürften die Lehrer, welche die neue Rechtschreibung vorzutragen haben, mitunter noch manchmal selbst straucheln — wird der Unterricht in der Rechtschreibung sich vereinfachen und es wird Zeit für nützlichere Dinge gewonnen werden. Auch der Buchhandel, einschließlich des Buchdruckes, wird hiervon wesentlich profitiren. Millionen von Schulbüchern müssen umgearbeitet, durchgesehen, neu gedruckt und neu ausgegeben werden. Allerdings für einen anderen Theil des Buchhandels, der Schriftwerke in der alten Rechtschreibung stereotypirt daliegen hat — denken wir nur an die Ausgaben der Bibel, Gesangbücher und viele Lehrmittel der Volksschule — verursacht die Entwerthung dieser Stereotypplatten einen in die Millionen laufenden Vermögensverlust. Für unbemittelte Eltern, die künftig die Schulbücher weder antiquarisch mehr kaufen, noch von älteren Kindern auf die jüngeren übergehen lassen können, sondern neue kaufen müssen, bedeutet sicherlich diese Belebung des Buchdruckes und des Buchhandels eine neue Ausgabe. Was endlich das der Schule entwachsene Publikum anlangt, so wollen sich die Väter der neuen Rechtschreibung keiner Illusion hingeben. Das lesende Publikum wird freilich sein Auge unschwer an die neuen Wortbilder gewöhnen; aber das schreibende? Bleibe man uns mit den sonst so beliebten Zwangsmaßregeln fern! Namentlich cujonire man nicht die Beamten etwa, ihre Aufmerksamkeit mehr auf das e in spazieren, als auf ihren eigentlichen Dienst zu richten! Die Hauptunterstützung wird die Schriftreform erhalten, wenn die deutschen Zeitungen sich dieselbe aneignen würden. Denn heutigen Tages wird Nichts so vielfach und so eifrig gelesen, als die Tagesblätter. Selbst das verbreitetste und dauerhafteste Lesebuch der Welt, die Bibel, bleibt im Gelesenwerden weit hinter der Zahl der flüchtigen Erzeugnisse der Tagespresse zurück.

Kommt man über das Erstaunen hinweg, daß unsere sonst so conservativen Regierungen in einer Zeit, die oft so wenig Respekt vor dem Alten hat, auch die Schrift nicht unaufgerührt lassen, kann man sich mit dem Gedanken befreunden, daß die neuen Schreibweisen durch die Schule und nicht durch das praktische Leben eingeführt werden sollen, so wird man der neuen Orthographie als solcher manche gute Seite abgewinnen können. So schlimm, daß es mit den alten Schreibweisen nicht länger auszuhalten sei, wie man uns weiß machen will, ist es freilich nicht. Aber die Verbesserungsbedürftigkeit wird man ihnen nicht absprechen. Ein vortrefflich geschriebener Aufsatz des Dresdner Gymnasiallehrers Dr. Dunger in den „Grenzboten" erinnert daran, daß die jetzige Unsicherheit mancher Schreibweisen für den Buchhandel und Buchdruck äußerst lästig war. In der Halle'schen Waisenhausbuchhandlung wurde z. B. das Wort „maßvoll" in nicht weniger als fünf verschiedenen Gestalten gedruckt. Die Buchhandlung von Breitkopf u. Härtel ließ durch den großen deutschen Sprachgelehrten Dr. Daniel Sanders für ihren eigenen Bedarf ein orthographisches Hilfsbuch als Norm für Setzer und Druckberichtiger ausarbeiten. Binnen Kurzem hatten 400 Druckereien und Verlagsbuchhandlungen in Deutschland, Oesterreich, der Schweiz und den Ostseeprovinzen sich diesem Entwurfe angeschlossen. Dieses Werk werfen die Regierungen über den Haufen. Sanders war ihnen zu conservativ. Umgekehrt verlangen die radikalen Orthographie-Reformer, deren Wahrsprüche lauten: „Schreibe wie Du sprichst" und „Bezeichne jeden Laut mit dem ihm zukommenden Lautzeichen" einen vollständigen Bruch mit dem alten. Man nennt diese Bestrebungen spottweise die „fi-Orthographie", weil sie z. B. das Wort „Vieh" einfach „fi" schreibt. Ihre Zeitung führt den Titel: „Reform, Zeitschrift des allgemeinen Vereins für vereinfachte Deutsche Rechtschreibung." Zwischen beiden Bestrebungen hält die neue Rechtschreibung eine angemessene Mitte. Sie ist von dem verstorbenen Raumer in Erlangen angeregt; 1872 beriethen darüber die Schulmänner aller deutschen Regierungen in Dresden, jetzt wird sie praktisch eingeführt. Es ist nicht eine einheitliche für alle Länder, „soweit die deutsche Zunge klingt" — diesen Traum hat 1866 gründlich zerstört — es giebt vielmehr außer der preußischen, der bayrischen und der sächsischen auch eine österreichische. Aber alle diese verschiedenen Orthographien stehen auf demselben Boden, sie fußen alle mehr oder weniger auf dem Raumer'schen Entwurfe und den Beschlüssen der Orthographie-Konferenz. Der Börsenverein deutscher Buchhändler in Leipzig hat vom preußischen Kultusminister die Zusicherung erhalten, daß es für die Zulässigkeit von Schulbüchern zum Gebrauche in preußischen und bayrischen Schulen einerlei sei, nach welcher Orthographie sie gedruckt würden.

Um den vielen Beschwerden, welche das Vagabondenwesen mit sich bringt und die der nahende Winter besonders fühlbar machen wird, wirksam zu begegnen, schlägt die „Nordd. Allg. Zeitung" ein recht plausibles Mittel vor. Sie verlangt, daß den Strafgerichten eine Handhabe gegeben würde, um ohne viele Recherchen den Landstreicher vom wandernden Arbeiter zu unterscheiden; eine solche ist das obligatorische Arbeitsbuch. Wenn neben dessen Einführung das Strafgesetzbuch eine Ergänzung dahin erhielte, daß jeder Handwerksgeselle und Arbeiter, der ohne ein ordnungsmäßig geführtes Arbeitsbuch auf dem Bettel getroffen wird, als Landstreicher betrachtet wird, und daß der Landstreicher zur Verbüßung seiner Haftstrafe dem nächsten Arbeitshaus überwiesen werden kann, so wäre wieder gegründete Aussicht, das Vagabondenthum einigermaßen wirksam zu bekämpfen, und wäre zugleich dem besseren Theile der wandernden Arbeiterbevölkerung ein großer Dienst erwiesen. Nicht minder würde die ganze bürgerliche Gesellschaft, wenn das regellose Almosengeben und die mancherlei sonstigen Nachtheile eines ausgedehnten Vagabondirens beschränkt werden könnten, sich beglückwünschen können, wie es endlich auch von unschätzbarem Gewinn wäre, wenn die irrigen Vorstellungen von einer zunehmenden Verarmung Deutschlands, welche im Ausland durch die sich häufenden Klagen deutscher Blätter über das Anwachsen des Vagabondenthums sich bilden, wieder richtigeren Ansichten Platz machten.

In Frankreich fängt es an, ein wenig nach Schießpulver zu riechen. Die Mönchsaustreibung vollzieht sich nicht so glatt, als man vielfach annahm. An und für sich sträuben sich die Mönche gegen ihre Vertreibung und sie finden in der Bevölkerung warme Sympathie und allerhand Unterstützung. Umgekehrt erregt die Maßregel die lebhafte Begeisterung der Republikaner. Während die Gläubigen auf den Straßen niederknieen, sich von den Mönchen segnen lassen und der Polizei allerhand Schwierigkeiten bereiten, höhnen die Republikaner die Vertriebenen, stimmen die Marseillaise an, attaquiren die Gläubigen und machen Miene, die Räumung durch eigenes Eingreifen zu beschleunigen. Tumulte sind alltäglich, ängstliche Gemüther sehen einen Bürgerkrieg aufflammen; die Regierung muß bereits die bewaffnete Macht aufbieten und zwar in bedeutender Stärke, Blutvergießen ist zum Mindesten nicht unwahrscheinlich. Die Regierung begann die Klosterauflösungen nach der Reihenfolge des Alphabets; die Barnabiten machten den Anfang. Dieser Orden regulirter Chorherren vom heiligen Paulus ist einer der schwächsten der Kirche. Mit den Barnabiten kamen gleichzeitig die barfüßigen und beschuhten Carmeliter unter den Bann des Gesetzes. Sie spielen in Frankreich eine große Rolle als Prediger. Die Benediktiner schonte man bisher; dieser beste Orden der katholischen Kirche hat hellleuchtende Verdienste um Unterricht und Wissenschaft. Nun geht's aber im Alphabet weiter zu den Capuzinern und Dominikanern, die als Prediger sehr aufsässig sind, im Volke aber sehr großen Anhang haben, weil sie sich mit demselben gemein zu machen verstehen und stets ein wesentliches Werkzeug der Volksverdummung waren. Neben den Sorgen, welche der Republik die Klosterfrage bereitet, kann sie nicht ohne Kummernis an die Regungen der Kommunarden denken. Man hat in Paris die rothe Fahne wieder entrollt, in den Versammlungen der Kommunarden wird unaufhörlich der Königsmord gepredigt und furchtbare Massen von „Tyrannenblut" getrunken. Reden von einer Heftigkeit sondergleichen werden gehalten.

Eine immer sich vergrößernde Sorge für England bilden die irischen Verhältnisse, immer bitterer wird die Ironie, welche die Vielgeschäftigkeit der englischen Regierung im Osten mit ihrer Hilflosigkeit im eigenen Lande in Gegensatz zieht. Wollte die Welt einen Augenblick Irland vergessen, so ruft alsbald eine blutige That es wieder in das Gedächtniß zurück. Gladstone ist rathlos. Er möchte um Alles in der Welt die Einberufung des Parlaments vermeiden, bei dem sein Sturz sehr leicht eintreten kann, und doch bedarf er des Parlaments, um Vollmachten zur Bändigung des Empörergeistes in Irland zu bekommen. Mag er doch vor seiner Thüre und nicht vor der des Sultans kehren!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 21. Oktober. Während das Königreich Sachsen durch kaiserlichen Erlaß zum Mitgliede der Bundesraths-Ausschüsse für das Landheer und die Festungen, sowie für das Seewesen ernannt ist, wurde es in der gestrigen Sitzung des Bundesraths noch in folgende Ausschüsse gewählt: für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Eisenbahnen, Post und Telegraphen, für das Justizwesen, für Rechnungswesen, für Elsaß-Lothringen und für die Verfassung. Als k. sächsischer Bundesbevollmächtigter ist Geh. Finanzrath Golz hier angekommen.

Berlin, 21. October. Heute begann der 19. volkswirthschaftliche Kongreß seine Verhandlungen. Es waren circa 200 Theilnehmer aus ganz Deutschland anwesend, welche vom Oberbürgermeister Dr. von Forckenbeck begrüßt wurden. Zum ersten Vorsitzenden wurde Justizrath Dr. Braun aus Leipzig gewählt. Nach einer längeren Debatte darüber, ob die Arbeiterversicherung auf die Tages-Ordnung gesetzt werden solle, wurde ein darauf gerichteter Antrag abgelehnt, angeblich wegen unzureichender Vorbereitung. Hierauf berichtete Dr. Barth-Bremen über die surtaxe d'entrepot. Eine zur Annahme gelangte Resolution bezeichnet die Ueberzahlung der surtaxe d'entrepot auf Deutschland als eine wirthschaftliche Schädigung. Auf ein weiteres Referat des Dr. Herrka-Wien wurden der Uebergang von der Gold- zur Doppelwährung als „unkundlich" und die Einführung des Silberkurses als schädigend erklärt.

Wien, 21. Oktober. Der „Pol. Korr." zufolge ist in Lissa verunglückte ein italienischer Offizier gestern zu 3 Monaten Gefängniß, weil er auf seinem Schreibtisch eine Fahne mit der Inschrift „Tod den Deutschen" hatte anbringen lassen. Der Staatsanwalt hatte 18 Monate beantragt.

Türkei. Die Botschafter haben einmüthig beschlossen, der Pforte keine Frist für die Uebergabe Dulcignos festzusetzen. 10,000 Mann gehen voraussichtlich nach Adrianopel zur Kompletirung der dortigen türkischen Truppen ab.

London, 21. Oktober. Der „Times" wird aus Capetown von gestern gemeldet: Die Kolonialtruppen unter Oberst Clarke haben Maseking nach heftigem Kampfe entsetzt. Von den Baforos blieben 300 Mann in dem Gefechte, der Verlust der englischen Truppen betrug 26 Todte und 10 Verwundete.

Berliner Börse vom 21. October. Das Geschäft war heute gleich Null. Trotzdem brachten es die meisten Spekulationspapiere zu kleinen Avancen. Creditactien 3 Mark besser, Franzosen unverändert. Bahnen waren abermals sehr fest, besonders wieder Oberschlesische, die bis zu 2% in Verkehr kamen. Auch für Bergwerke machte sich wieder eine günstigere Tendenz geltend. Banknoten und Dortmunder Union schließen unverändert. Von Fabrikwerthen erzielen nur Sprotte, Nähte, Dresdner Bank und Leipziger Discont Besserungen, während die übrigen fast durchgängig abgeben mußten. Schönebeck verlieren 2¼, Körner 2½ Proz. — Privatdiscont: 4½ Proz.

Lokales und Sächsisches.

— Am Mittwoch sind JJ. MM. der König und die Königin nach zweitägigem Aufenthalte in Mentana nach Strela gereist und dort glücklich angelangt.

— Oberhofmarschall Freiherr v. Konneritz empfing das Großkreuz des Ordens „Stern von Rumänien".

— Zu Professoren wurden ernannt: die Landschaftsmaler Preller und Paul Mahn; Ersterer zugleich zum Mitglied des akademischen Rathes. Die gleiche Würde ward auch dem Professor Leon Pohle.

— Die königl. sächsische Regierung beabsichtigt erfreulicherweise noch nicht, beim Bundesrathe die Verhängung des sogen. kleinen Belagerungszustandes über Leipzig zu beantragen. Doch erwartet man einen ähnlichen Antrag seitens des Hamburger Senats für Hamburg; Preußen würde dann gleichzeitig den kleinen Belagerungszustand für Altona, Ottensen und Wandsbeck beantragen.

— Die diesjährige Bezirkslehrer-Haupt-Konferenz für den Inspektionsbezirk Dresden-Land wird unter dem Vorsitz des Bezirksschul-Inspektors Schulrats Dr. Hahn am 29. d. M. in der Turnhalle zu Blasewitz abgehalten werden.

— Im Schooße des Rathes hat man sich jetzt dahin schlüssig gemacht, daß die Hausgroschen demnächst nicht mehr von den Hausbesitzern einkassirt und abgeliefert, sondern bei den Steuerzahlern durch Steuerboten abgeholt werden sollen. Diese für die Hauswirthe allerdings acceptable Erleichterung macht aber eine Vermehrung der Steuerboten nöthig, wodurch das Kommunbedürfniß zunächst wiederum um 10,500 M. steigt und wahrscheinlich bald noch mehr steigen wird, da man dieselben Erfahrungen machen dürfte, wie mit dem Raths-Vollstreckungsamte, bei welchem das Personal auch alsbald vermehrt werden mußte.

— Nachdem vorgestern Abend Rath und Stadtverordnete gemeinsam eine Sitzung zur Wahl von 4 Vertrauensmännern zu einem Ausschusse für die Schöffen- und Geschworenenwahl abgehalten (gewählt wurden die Herren Stadtrath Klepperbein, Kaufmann Feodor Biedermann, St.-V. Nadlermeister Beyer und Kaufmann Hermann Mühlner, sowie 4 Stellvertreter), begann die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten unter Vorsitz des Herrn Hofrath Ackermann. In der dritten Ergänzungswahl für die ausscheidenden Herren Stadträthe Unger, Gottschalk, Hultzsch, Minckwitz und Schöne ward Herr Stadtrath Minckwitz wiedergewählt; vom Wahlausschuß vorgeschlagen war auch noch neben dem Genannten und Herrn Stadtrath Hultzsch Herr Rechtsanwalt Dr. Rudorff. Auf Antrag des St.-V. Böhmenberg wird der Stadtrath um Auskunft gebeten, was bis jetzt auf den am 8. October v. J. gestellten Antrag betreffs der Rauch- und Rußbelästigungs-Frage geschehen ist und ersucht, schleunigst fachmännische Erörterungen anstellen zu lassen, ob und welche wirksame Maßregeln zum Schutze der hiesigen Standbilder gegen Ruß- und Rauch-Einflüsse getroffen werden können. Ein Zusatz des Dr. Meinert: den Stadtrath zu ersuchen, das Kehren der Schornsteine nur in kaltem Zustande zu gestatten, ward der voraussichtlichen Unthunlichkeit wegen abgelehnt. St.-V. Böhmenberg bezeichnete u. A. als die Altstadt sehr verräuchernd und bei entsprechendem Winde auch das Siegesdenkmal gefährdend die Brauerei auf der Breitestraße, deren Heizungsanlage entschieden verbessert sei, wenn sie auch von einem Techniker herrühre; daß gerade die Techniker nicht immer das Richtige träfen, das beweise der entsetzliche Qualm, der täglich dem neuen Hoftheater entsteigt. Letzteres ist eine Behauptung, der allerdings Niemand widersprechen wird. — Schon seit Jahren existirt im Rathskollegium der Plan, die Lilliengasse durch das Grundstück am See 35 (die Conversation) fortzuführen. Die Oeffnung dieses jetzt allerdings schwer zugänglichen Viertels wird jedenfalls einmal nöthig werden, da der Verkehr dort wächst — es sei nur an die beiden neuen Schulen an der Ammonstraße, die nächste Ostern eröffnet werden, erinnert —, jedoch ein dringendes Ortsbedürfniß liegt nicht vor. Da nun die Besitzer genannten Grundstücks jetzt zum Verkaufe geneigt sind, so wollen St.-V. Schönecker u. Gen. den Rath ersucht wissen, „ungesäumt Schritte zu thun, daß die Fortführung der Lilliengasse durch das bez. Grundstück nach der vom Baupolizeiamte neuerdings erfolgten Planung festgestellt werde". Der sehr unklar gefaßte Antrag soll also nur bezwecken, daß der Rath darauf achtet, daß weder die jetzigen noch ein neuer Besitzer einen Bau auf dem Grundstück errichten, der obengedachter Planung entgegen sein würde. Der Antrag ward dem Verwaltungsausschuß überwiesen. Schließlich sei bemerkt, daß nach den gedruckt vorliegenden Voranschlägen über Einnahme und Ausgabe für das städtische Volksschulwesen pro 1881 in den 7 Bürger- und 15 Bezirksschulen 19,656 Schüler in 487 Klassen unterrichtet werden, daß dieselben in Summa 390,612 Mark Schulgeld zahlen und für 13,950 M. Schulbücher kaufen, daß u. A. die Besoldung der Direktoren 80,500 M., die der festangestellten Lehrer 794,850 M. beträgt, sowie daß sich die Gesammteinnahmen auf 463,271 M. belaufen, aber einer Ausgabenlast von 1,401,073 M. gegenüber stehen, so daß sich der Gesammtzuschuß für die 22 Schulen auf 937,802 M. 75 Pf. beläuft. Bei der bedeutenden Ausgabensumme dürfte es die meisten der Leser interessiren, noch einige von den für das Schulwesen nöthige Erfordernisse kennen zu lernen. Außer der obigen Lehrerbesoldung werden an Remunerationen für Fachunterricht 82,717 M., für Besoldung der Schulgeldeinnehmer 14,055 M., der Schuldiener, Hausmänner und Heizer in Summa 38,375 M., für Papier, Schreibverschriften, Landkarten u. dgl. nicht weniger als 10,650 M., für Bücher zum Wiederverkauf 17,450 M., für Miethzins 171,506 M., für Steuern und Abgaben dagegen die äußerst geringe Summe von nur 6030 M. gebraucht. An Schulgeld für Freistellen sind auch in Ausgabe zu stellen 51,585 M.

— Im 22. Reichstagswahlkreise, Reichenbach-Falkenstein, erhielt bei der Wahl der Geh. Reg.-Rath Schmiedel